

## Politische Debatte im bayrischen Landtag.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

☞ München, 8. Februar. (Priv.-Tel.)

Der Finanzausschuß des bayrischen Landtages führte in seiner Sitzung am 1. d. eine interessante politische Debatte ab, deren Ausgangspunkt die bereits gemeldete Rede des Ministerpräsidenten war.

Abg. Held (Zentrum) eröffnet die Aussprache. Er kommt auf die gestrige Rede des Ministerpräsidenten zu sprechen, in der er Angaben über die militärische und wirtschaftliche Lage vermehrt habe; besonders interessiere ihn, etwas über das Verhältnis der Zivilverwaltung zur

Obersten Heeresleitung zu erfahren. Vor Ablehnung des Friedensangebotes habe man sich hinsichtlich der Nachgiebigkeit unserer Gegner falschen Illusionen hingeeben, und es wäre an der Zeit, einzusehen, daß Deutschland nur unter rücksichtsloser Anwendung seiner Machtmittel zu einem ehrenvollen und siegreichen Frieden gelangen könne.

Redner polemisiert heftig gegen die „Scheidemannschen Kriegsziele“, bei deren Erfüllung Deutschlands Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Einen Scheidemannschen Frieden lehne er ab, denn er bedeute eine Niederlage für unser Vaterland.

Es sei kein Geheimnis, daß zwischen Zivilverwaltung und Kriegsverwaltung nicht immer volle Harmonie bestanden habe, und er verlange Aufklärung über diese wichtige, für den guten Ausgang des Krieges bedeutungsvolle Frage. Der Redner verlangt vor allem den Schutz der nationalen Arbeit für Landwirtschaft und Industrie und volle Parität für alle Vorkenntnisse. (Nuse: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Befehlsstellung der Stellen in Belgien und Polen habe man nach diesem Prinzip nicht verfahren. Im Steuerwesen fordere er nach wie vor die unbedingte Verminderung aller weiteren Eingriffe in die Steuerhoheit der deutschen Bundesstaaten und in die Selbständigkeit ihres Verkehrswezens.

An der nicht zu leugnenden Verstimmung zwischen Süd und Nord frage Bayern keine Schuld. Das Reich sei uns allen so wert, daß niemand mehr die Rückkehr früherer Verhältnisse herbeiführen möchte, aber wenn wirklich da und dort eine lebhafteste Unzufriedenheit sich geltend gemacht habe, so trage die Schuld daran die Zentralisierungssucht und die immer mehr zutage tretende Ausschaltung des Südens.

Abg. Dr. Hamerschmidt (liberal) sagt: Hinsichtlich unserer Beziehungen zu Amerika hoffe er keine Krübung infolge des rücksichtslosen U-Bootkrieges, erwarte aber, daß jede Einmischung Amerikas in die Entscheidung des großen Kampfes energisch von der Reichsleitung abgewiesen werde.

Abg. Müller (München, Sozialdemokrat) bespricht gleichfalls die Rede des Ministerpräsidenten und hofft, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg nicht die von großen Kreisen befürchteten, für Deutschland gefährlichen Folgen nach sich ziehen wird. Die Freigabe der deutschen Presse, deren Mitarbeit man im Kriege nicht entbehren könne, sei dringend erwünscht. Redner begrüßt die Wiedererweckung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, durch den das Übergewicht Preußens in der politischen Führung des Reiches einigermaßen ausgeglichen werden kann. Man habe im Reich zweifellos ein preussisches System mit nicht zu leugnenden gewissen Vorzügen, aber auch mit schweren Nachteilen. Eine möglichst eingehende Darstellung der militärischen Lage sei dringend notwendig, um über die Kriegsziele in ernster Weise und nicht im Volksversammlungston sprechen zu können. Die Kriegsziele der Sozialdemokratie seien die gleichen geblieben und werden trotz aller Schwankungen auf den Kriegsschauplätzen die gleichen bleiben: die politische und wirtschaftliche Sicherung und Erhaltung der Selbständigkeit des Reiches und seiner Verbündeten, freie Wasserstraßen, freie Meere, freie wirtschaftliche und handelspolitische Entwicklung. Ueber die Frage einer Einmischung Amerikas könne man, wenn der Friede sich nähere, wohl anderer Anschauung sein als der Vorredner, denn man werde der wohlwollenden Vermittlung der Neutralen bei Friedensschluß

nicht entbehren können. Redner verlangt weiter gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und demokratische Orientierung der inneren Politik des Reiches.

Abg. Gebhardt (Freie Vereinigung) warnt im Gegensatz zum Vorredner vor demokratischer Neuorientierung, von der er ernste Gefahren für die Entwicklung des deutschen Vaterlandes erwartet.

Ministerpräsident Graf Hertling: Der Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten hat durch den Krieg sehr wesentlich an Bedeutung gewonnen, aber die Leitung der auswärtigen Politik liege beim Reichskanzler. Es wird aber in diesem Ausschuß frei von der Leber weg diskutiert, und die Auskunftserteilung erfolge in weitgehender Weise. Vor Bekanntgabe unseres Friedensangebotes, das er lebhaft unterstützt, sei ebenfalls der Ausschuß gehört worden. Illusionen über die Schwere des Krieges hat man sich in Berlin nie hingeeben, und niemals konnte die Rede sein von einer allzu nachgiebigen Haltung der Reichsregierung England gegenüber. Das Gerücht über einen Separatfrieden mit Rußland entbehre jeder Begründung, und auch hinsichtlich einer starken Friedensstimmung in Frankreich dürfe man sich keiner Täuschung hingeeben. Was den schrankenlosen U-Bootkrieg angeht, so wäre es falsch, wenn man etwa eine gleichgültige Haltung Amerikas diesem gegenüber erwarten wollte, aber die Zeit der Erwägungen sei vorüber, und es gäbe nun nur eine Möglichkeit zur raschen und erfolgreichen Beendigung des Krieges, und das sei eben die rücksichtslose Durchführung des U-Bootkrieges, mit dem heute der Reichskanzler ebenso einverstanden ist wie die militärische Leitung des Krieges. Kriegsziele sind abhängig von der jeweiligen Kriegslage, und es sei deshalb nicht angängig, heute schon viel darüber zu sprechen. Garantien für die Sicherheit und Entwicklung des Reiches müssen natürlich geschaffen werden, eine ausgesprochene Annexionspolitik lehne auch er ab. Felsenfest sei sein Vertrauen auf den glücklichen Ausgang des Krieges.